

**Sperrfrist: Beginn der Rede
Es gilt das gesprochene Wort**

**46. Grünkohlessen
der Verbände
der Schleswig-Holsteinischen Wirtschaft
am 15. November 2010 in Kiel**

**Begrüßung
Uli Wachholtz
Präsident von UVNord und
Vorsitzender der Studien- und Fördergesellschaft
der Schleswig-Holsteinischen Wirtschaft**

I.

Meine Damen und Herren, die deutsche Wirtschaft und mit ihr die unseres Landes hat Fahrt aufgenommen.

Bei unserer Herbstumfrage haben wir aus den allermeisten Branchen positive Konjunktursignale empfangen.

Es wird mehr produziert, mehr umgesetzt. Die Beschäftigung steigt.

Wer für 2010 eine drei vor dem Komma prognostiziert, der dürfte richtig liegen.

Jetzt zahlen sich die vielfältigen betrieblichen Optimierungsprozesse der letzten Jahre aus.

Jetzt spüren auch die Mitarbeiter, dass die vernünftige Lohnpolitik der Tarifparteien und das vernünftige Reagieren der Betriebsräte in der Krise Früchte tragen.

Und auch die Politik hat ihren Beitrag geleistet.

Durch richtige Weichenstellungen – etwa beim Kurzarbeitergeld – hat sie in der Krise flankierende Hilfestellung geleistet. Das war richtig und notwendig.

Die deutsche Wirtschaft – das kann man im Spätherbst 2010 durchaus erfreut feststellen – steht wieder gut da.

Aber trotz der guten Stimmung und trotz der guten Prognosen, meine Damen und Herren, wäre es leichtfertig zu übersehen, dass diese wirtschaftliche Erholung auf keinem allzu festen Fundament steht.

Groß sind die Risiken, die

- von den Devisenmärkten,
- von der Überschuldung etlicher Staaten,
- von der kränkelnden amerikanischen Konjunktur und
- von der Bedrohung durch die chinesischen Rohstoffmonopole ausgehen.

Diese Risiken können die Weltwirtschaft erneut ins Trudeln bringen, und damit auch die deutsche.

Hinzu kommt, dass trotz Wirtschaftswachstum und trotz sprudelnder Steuerquellen die öffentlichen Haushalte auf allen Ebenen nach wie vor und mehr denn je unterfinanziert sind.

Meine Damen und Herren, ich möchte nicht schwarzmalen, aber die Fakten sind nun mal so wie sie sind. Nicht Euphorie, sondern Wachsamkeit und Augenmaß sind das Gebot der Stunde - auch und gerade in der Tarifpolitik.

Wir haben in Deutschland eine starke Wirtschaft, aber für überschwänglichen Jubel gibt es keinen Anlass.

II.

Keinen Anlass zum Jubeln gibt es auch bei einem ganz anderen Thema, das uns seit längerer Zeit beschäftigt und immer bedenklichere Ausmaße annimmt – ich meine die zunehmende Unfähigkeit von Politik und Gesellschaft, Entscheidungen zu fällen und diese dann auch umzusetzen und zu akzeptieren.

Heute wird mit einer Verbissenheit um ein Bahnprojekt gestritten, als stünde eine gesellschaftspolitische Grundsatzentscheidung auf der Tagesordnung.

Aber es gibt nicht nur Stuttgart.

Dringend benötigte Stromtrassen, Autobahnen, Ortsumfahrungen, Eisenbahnstrecken, Kraftwerke werden blockiert und verhindert.

Blockiert und verhindert auch dann, wenn alle Entscheidungsgremien und alle Instanzen passiert sind.

Partikularinteressen wohin man schaut. Und die Politik steuert immer seltener gegen, teilweise macht sie sogar mit.

Für mich hatte Politik eigentlich immer die Aufgabe, Verantwortung zu übernehmen, für eine Sache einzustehen – auch wenn es Konflikte gibt.

Heute hat es eher den Anschein, als würde man Konflikte lieber moderieren als durchstehen.

Wenn es bei uns gängige Praxis wird, über ökonomische Großprojekte letztendlich auf der Straße zu entscheiden, dann mache ich mir große Sorgen um den Wirtschaftsstandort Deutschland, große Sorgen um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

III.

Meine Damen und Herren, die zurückliegenden zwölf Monate waren für unser Land, waren für Schleswig-Holstein reich an politischen Ereignissen und Überraschungen.

Vor Jahresfrist haben wir Peter Harry Carstensen zur Wiederwahl in das Amt des Ministerpräsidenten gratulieren können.

Im Frühjahr wurde dann durch Nachzählen die schwarz-gelbe Landtagsmehrheit auf eine Stimme reduziert und

im Sommer schließlich verordnete das Landesverfassungsgericht ein neues Wahlgesetz und vorgezogene Landtagswahlen.

Aber auch die Koalition war in den letzten zwölf Monaten nicht untätig.

Ihre Haushaltsstrukturkommission hat ein beachtliches Sparpaket vorgelegt, das die Landesregierung in den Doppelhaushalt 2011/12 eingearbeitet hat.

Und dieser Haushalt, meine Damen und Herren, ist der momentane Dreh- und Angelpunkt der Politik hier im Lande. Die Verabschiedung und die Umsetzung des Haushaltes sind die zentralen Aufgaben von Parlament und Regierung in der Zeit bis zu den vorgezogenen Landtagswahlen.

Jetzt ist Kürzen angesagt.

Und auch wenn die Wirtschaft von den Maßnahmen direkt betroffen ist:
Wir unterstützen diese Politik, sie ist angesichts des Schuldenberges
alternativlos.

Und Kürzen ist leider auch dann angesagt und alternativlos, wenn uns
die Steuerschätzer den Himmel auf Erden versprechen und neue Be-
gehrlichkeiten wecken.

Schuldenabbau geht vor neuen Wohltaten und geht vor Steuersenkung.

Wenn bei den Steuern etwas geschehen soll, dann zunächst bitte eine
Vereinfachung unseres Steuersystems –

wobei die Absicht, die Bürger künftig nur noch alle zwei Jahre um eine
Steuererklärung zu bitten, zwar löblich, aber allenfalls ein erster Schritt
ist.

Hier muss eine Fundamentalkorrektur her. Vielleicht, sehr geehrter Herr
Gabriel, finden wir hier ja einen gemeinsamen Nenner.

Ich freue mich auf den Vortrag unseres Ehrengastes und wünsche uns
allen einen schönen und ertragreichen Abend bei heißem Grünkohl aus
der Schlossküche, bei kühlem Bier aus Flensburg und bei eiskaltem
Kümmel aus Bad Oldesloe.

Herr Wirtschaftsminister, Sie haben das Wort.

15. November 2010